

## **Für selbstbestimmtes Leben in Würde**

*Bevollmächtigter der Bundesregierung für Pflege in Peine*

Ein politisches Thema bleibt ein Dauerthema, weil es jeden betreffen kann: Die Pflege von Menschen. Grund für Christoph Plett (CDU-Kreisvorsitzender), Dr. Burkhard Budde (Landratskandidat) und Andreas Meier (Bürgermeisterkandidat in Peine) Karl-Josef Laumann, Bevollmächtigter der Bundesregierung für Patienten und Pflege, nach Peine einzuladen.

Am 1. September 2016 konnten die Geschäftsführer Nele Wohlfeil und Philipp Hünersdorf vom Wohnpark Fuhseblick und Rosenblick Peine in ihrem Haus den Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, aber auch die Peiner Politiker – unter ihnen ferner Minister a.D. Horst Horrmann, sowie die Heimleiter der Kreisarbeitsgemeinschaft (Kolleginnen und Kollegen Einrichtungsleiter der Kreisarbeitsgemeinschaft stationärer Pflegeeinrichtungen im Landkreis Peine) begrüßen.

Für Laumann ist nach 25 Jahren die Reform der Pflegeversicherung notwendig, weil sich die Gesellschaft verändert habe. Heute seien Mann und Frau häufig berufstätig und es gebe andere Herausforderungen für die älteren Mitbürger. Die Tagespflege werde gefördert, zur besseren Versorgung Demenzkranker sei 2017 die Umstellung der drei Pflegestufen auf fünf Pflegegrade geplant. Die Betreuungskräfte in den Heimen seien vermehrt worden. Die Geldfrage, so Laumann, dürfe nicht das Heim und die Familie belasten: „Ein Heim ist nur gut, wenn das soziale Umfeld sich um den Pflegebedürftigen auch kümmere.“

Ein zentrales Problem sei das Thema Fachkräftemangel. Leider habe die Pflege nicht den Stellenwert im Gesundheitswesen, den sie benötige. Das zeige sich auch an der Bezahlung: „In Niedersachsen wird die Altenpflege am schlechtesten im Vergleich zu allen anderen westdeutschen Ländern bezahlt.“ In Niedersachsen erhalte eine Fachkraft monatlich im Durchschnitt 2209 Euro Brutto, in Westdeutschland durchschnittlich 2600 Euro. Wenn ein Heim tarifgebunden sei, müssten die Kostenträger die Kosten refinanzieren.

Über den Plan der Regierung, eine „generalistische Pflegausbildung“ (Krankenpflege, Altenpflege, Kinderkrankenpflege) einzuführen, werde neu nachgedacht. Er sei Anhänger einer Pflegekammer, die die Pflege stärken könne, sowie eines Gesamtkonzeptes, um die Fachkraftquote zu verändern.

In der Diskussion wurde von einem innovativen Konzept eines Heimes mit Wohngruppen berichtet, das nicht verwirklicht werden könne, weil der Kostenträger die Finanzierung der Hälfte der Hauswirtschaftskräfte von den Pflegehilfskräften abziehen wolle. In anderen Heimen habe man sich anders geeinigt. Laumann empfahl, ein Schiedsverfahren anzustreben, werde sich aber auch persönlich darum kümmern.

Landratskandidat Burkhard Budde freute sich über die Anwesenheit von zwei Heimleitern/Einrichtungsleitern, mit denen er in seiner „Braunschweiger Zeit“ (von 1994 bis 2014) als Leiter einer kirchlichen Stiftung mit Altenpflegeheim, Krankenhaus und Ausbildungsstätten zusammenbearbeitet hatte. Für ihn sei immer wichtig gewesen, dass ältere Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können, pflegebedürftige Menschen eine würdevolle, individuelle und aktivierende Beziehungspflege angeboten bekommen, „keine Stoppuhr, Satt-, Sauber-, Sicherpflege“. Und Mitarbeiter in der Altenpflege sollten gerade wegen der Arbeitsverdichtung und des Stresses auch in der Öffentlichkeit mehr gewertschätzt werden. Und Qualität habe auch ihren Preis, meinte Budde.